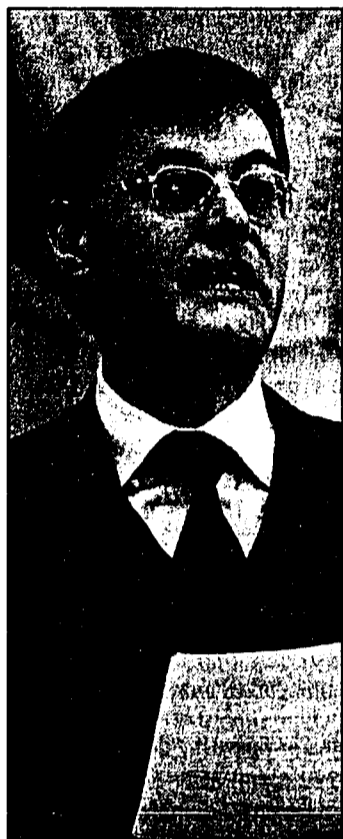


Mobilfunkmoratorium gescheitert: Keine Denkpause für Regierung

Auf die Initiative von Paul Vogt (FL), Walter Hartmann (VU) und Marco Ospelt (FBP) wurde nicht eingetreten



Die Regierung habe sich hemmungslos auf die Seite der Mobilfunkbetreiber geschlagen, stellte Marco Ospelt fest.

Im Bereich der Mobilkommunikation bleibt vorläufig alles, wie es bis anhin war. Die Initiative, welche einen Stillstand bei der Weiterentwicklung der mobilen Kommunikation forderte, scheiterte im Landtag deutlich. Bezeichnend für den Verlauf der Debatte war, dass lediglich Mitinitiator Walter Hartmann als einziges VU-Fraktionsmitglied für Eintreten auf die Initiative stimmte.

Peter Kindle

Paul Vogt, Walter Hartmann und Marco Ospelt wollten mit der Initiative betreffend ein Moratorium in der Mobilfunktelefonie der Regierung eine parteiübergreifende Denkpause in der Telekommunikationspolitik verordnen.

Die Gesundheit der Bevölkerung müsse auch im Bereich der Mobiltelefonie gewährleistet sein. Zwei Interessensgruppen stehen sich in der Bevölkerung gegenüber, betonte Marco Ospelt. Auf der einen Seite vertreten Mobilfunkbetreiber ihre wirtschaftlichen und technologischen Interessen, andererseits setzen sich verschiedene Gruppierungen mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung intensiv auseinander. «Bei der Abwägung dieser unterschiedlichen Beweggründe zeigt sich exemplarisch die Schwierigkeit der Einführung neuer Technologien in heutigen Gesellschaften», so FBP-Fraktionssprecher Marco Ospelt. «Nach meiner Überzeugung führt deshalb kein Weg an einem Ausgleich dieser widerstrebenden Interessen im Bereich der Mobiltelefonie vorbei», so Marco Ospelt.

Widersprüchliches Verhalten der Regierung

Der Widerstand und die Ängste um die Gesundheit, welche innerhalb der Bevölkerung auftauchen, haben – so Marco Ospelt – ihren Ursprung in der bisherigen Haltung der Regierung. «Sie hat sich offen auf eine Seite geschlagen und verfolgt, soweit von aussen erkennbar, einseitig die Anliegen der Betreiber von Mobilfunkanlagen». Zu diesem Schema würden auch die öffentlichen Auftritte der Regierung passen, an welchen stets Vertreter dieser Vertreter und deren Gefolgsleute auf der Seite der Wissenschaft zu Wort kämen. «Kritiker werden als Hinterwäldler dargestellt». Die einseitige Informationspolitik der Regierung schaffe ein Klima des Misstrauens innerhalb der Bevölkerung. «Das hartnäckige Negieren von biologischen Wirkungen elektromagnetischer Strahlung beruhigt die Menschen nicht, im Gegenteil». Als äusserst problematisch bezeichnete der FBP-Fraktionssprecher Marco Ospelt zudem die Aussage des Regierungschefs, man habe sich überall herumgehört, um wirklich die tiefsten Grenzwerte zu bekommen. «Weiss der Guggel, nach wem sie sich umgeschaut haben, nach der Bevölkerung sicher nicht». Marco Ospelt betonte, dass er sich für Grenzwerte einsetze, die «so tief, wie vernünftigerweise erreichbar» angesetzt würden. Es könne nicht angehen, dass die Regierung in ihrem «stillen Kämmerlein» Entscheidungen treffe, ohne sich überhaupt einer Diskussion mit der Bevölkerung zu stellen. Auch Helmut Konrad stellte fest, dass die Klärung der vielen offenen Fragen nötig wäre und

fehlende Mass an Selbstkritik der Regierung gar als «Spiegel-fechtere».

Gefahrenpotenzial

Walter Hartmann, welcher als Mitinitiator des Moratoriums von seinen VU-Parteil Kollegen bei der Schlussabstimmung kläglich im Regen stehen gelassen wurde (kein weiterer VU-Abgeordneter stimmte für die Initiative), stellte in seinem Votum fest, dass Mobiltelefonie ein grosses Gefahrenpotenzial in sich berge. «Das blinde, unkritische Vertrauen in Wissen-



Der VU-Abgeordnete Walter Hartmann, Mitinitiant des Moratoriums, übte heftige Kritik an der Regierung.

eine Diskussion mit der Bevölkerung angebracht wäre. Marco Ospelt präzierte in seinem Votum: Für die Festsetzung von Immissionsgrenzwerten sei der Prozess entscheidend: «Information, Vernehmlassung, öffentliche Diskussion der interessierten und betroffenen Kreise – das sind wir alle – und Beschluss im Parlament. Es ist höchste Zeit für einen Wechsel in der Politik». Paul Vogt, Mitinitiant des verlangten Moratoriums, stellte fest, dass die Regierung mit ihrer Telekommunikationspolitik im Eilzugtempo eine Technologie verwirklichen möchte, deren Auswirkungen noch immer unbekannt seien. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung müsse im Mittelpunkt stehen. Paul Vogts Fraktionskollege Adolf Ritter bezeichnete das

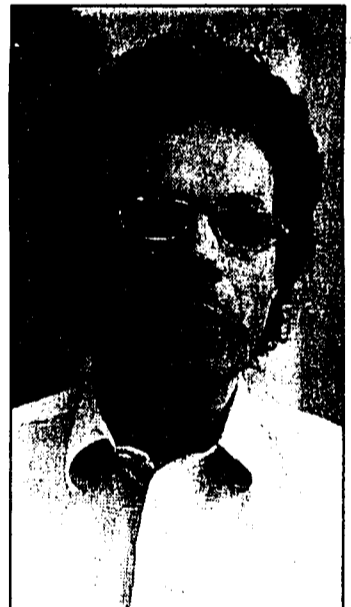
Wachstum, Macht und Wohlstand und die grenzenlose Gier nach vermeintlicher Unabhängigkeit, Lebensfreude und Freiheit haben eine pervertierte Freizeitgesellschaft entstehen lassen, in welcher der Begriff der Telekommunikation fest verwurzelt ist». Sceptikern und Gegnern der Mobiltelefonie müsse entsprechend Raum gegeben werden, damit eine kritische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit stattfinden könne. Des Weiteren heilt er Regierungschef Mario Frick vor, «dass die politischen Entscheidungsträger und deren unmittelbare Berater mit völlig geschönten Informationen ausgerüstet werden».

In seinen Forderungen for-

mulierte der VU-Parlamentarier, dass er eine öffentliche Auseinandersetzung in Würde, Anstand und Respekt fordere. Des Weiteren sei es notwendig, eine klare Definition der Bedürfnisse und eine davon abhängige Planung und Realisierung von Antennenanlagen aufzustellen. Eine gesetzliche Grundlage unter Berücksichtigung des geringsten Risikos für Menschen, Tiere und Pflanzen sei im Bereich der mobilen Kommunikation unausweichlich.

Mobiltelefonie nicht verhindern

Landtagsvizepräsident Otmar Hasler stellte in seinem Votum treffend fest, dass bei UMTS anfänglich noch die Gedanken an eine «Goldgräberstimmung» aufgekommen seien, mittlerweile aber der Begriff der Mobiltelefonie zu einem «Reizwort» geworden sei. Otmar Hasler erachtet es als unausweichlich, die Chancen – aber auch die Gefahren – der Mobiltelefonie öffentlich zu diskutieren. Die Einführung von neuen Technologien habe nach dem Prinzip des Vorsorgeschutzes zu geschehen, denn «der Gesundheitsschutz hat Vorrang». Dieser Aspekt sei auch im Telekommunikationsgesetz deutlich festgeschrieben. Die for-



Paul Vogt stellte fest, dass die Regierung die Entwicklung der Mobiltelefonie vorantreiben wolle, ohne die Auswirkungen zu kennen.

mulierte Forderung in der Initiative, dass der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen als verpflichtende Aufgabe des Staates gelte, sei absolut nachvollziehbar. Das Versprechen der jetzigen Regierung, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen genüge nicht – «es müssen Taten folgen».

Es sei jedoch wichtig, dass man die Mobiltelefonie nicht verhindern solle, allerdings immer im Bewusstsein, dass die Gesundheit der Bevölkerung an erster Stelle steht.

Regierungschef Mario Frick, der sich gegen die Initiative aussprach, stellte fest, dass es ganz klar sei, dass die Gesundheit der Bevölkerung gewährleistet sein müsse. «Wir haben, zusammen mit der Schweiz, die weltweit tiefsten Grenzwerte gewählt», so der Regierungschef. Ein Experte habe ihm versichert, dass die Ansetzung der Grenzwerte in Liechtenstein vernünftig seien. Dennoch habe auch dieser zitierte Experte die Meinung vertreten, dass er selbst gerne tiefere Grenzwerte hätte.

Die Ängste der Bevölkerung müssten ernst genommen werden, auch wenn alleine schon durch das Sichtbarmachen der Mobilfunkmasten Angst erzeugt werde. Diese Angst, welche in Teilen der Bevölkerung erkennbar sei, werde aber gerade von den Sceptikern und Gegnern der mobilen Kommunikation weiter geschürt. Athemische Auswirkungen, beispielsweise Elektrosensibilität und biologische Auswirkungen, welche befürchtet werden, seien nicht belegt.

Gegner dürfen mitarbeiten

Der Regierungschef zeigte Konsens mit den Sceptikern, indem er sie einladen möchte, an der Vernehmlassung eines Immissionsgesetzes aktiv mitzuwirken. Bei der gesetzlichen Festlegung von elektromagnetischer Strahlung und die Festbeschreibung eines Strahlenkatalogs soll eine gemischte Arbeitsgruppe einen vorab angefertigten Expertenentwurf diskutieren können.

REKLAME

Wussten Sie, dass...

... unsere Wachdienste
Tag und Nacht für Ihre
Sicherheit mit Handies
unterwegs sind?

Quelle: Argus, Die Woche, Dez. 2000

Freiheit, Sicherheit und Verbundenheit

Eine Pro-Mobilfunk Initiative, 2000

REKLAME

Fahren Sie mit uns –
erleben Sie schöne Stunden!

Sa. 16. Dez. 2000 Mailand
Adventsstimmung in der Modestadt CHF 62.-

Sa. 16. Dez. 2000 Weihnachtsfeier
Ein Nachmittag mit Unterhaltung und
feinem Abendessen CHF 70.-

Gutscheine - unser Weihnachts-Geschenkstipp
Tickets so schnell wie möglich vorbestellen!

Sa. 20. Jan. 2001 Art on Ice in Zürich
Fahrt inkl. Apéro u. Lunchpaket inkl. Eintritt CHF 156.-
(Nachmittagsvorstellung)

So. 11. März 2001 Robbie Williams Konzert in Zürich
Fahrt inkl. Eintritt: Schüler/Lehrlinge CHF 85.-
Erwachsene CHF 105.-

Info- und Buchungstelefon: 00423 / 370 15 60
Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

WMA TOURISTIK

WALTER MARKER AUTOREISEN AG.
FL-9493 Malvros, Bräustrasse 215, Liechtenstein